

BM Viehof führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Dr. Storch teilt mit, dass die FDP-Fraktion die Resolution grundsätzlich befürworte. Es fehle jedoch das Bekenntnis und die Forderung, das Verkaufsverbot von Pyrotechnik zurückzunehmen. In dem von der CDU-Fraktion ursprünglich entworfenem Resolutionspapier sei dies vorhanden. Er beantragt, die Ursprungsversion zur Abstimmung zu stellen.

Die Ursprungsversion wird sodann durch BM Viehof in der Sitzung vorgelesen:

„Resolution zur Sicherung eines Wirtschaftsstandortes und Kulturgutes:

*Nach den am 02.12.2021 gemeinsam von Bundeskanzlerin und Ministerpräsidenten gefassten Beschlüssen, fordert der Rat der Gemeinde Eitorf umfangreiche Kompensationen für die WECO Pyrotechnische Fabrik GmbH und der darüber hinaus betroffenen Unternehmen und Zulieferer zur Standortsicherung und Sicherung unseres Kulturguts Feuerwerk.*

*Das generelle Verkaufsverbot von Pyrotechnik steht in keinem Verhältnis zu den dadurch entstehenden wirtschaftlichen Schäden und trifft die gesamte Pyrotechnikbranche, insbesondere die Marktführerin WECO Pyrotechnische Fabrik GmbH aus Eitorf, in einer unverhältnismäßigen Härte. Die erhoffte positive Auswirkung auf das Gesundheitssystem und die epidemische Lage sind dabei fraglich und keinesfalls erwiesen.*

*Für uns in Eitorf ist die Feuerwerksbranche ein in besonderem Maße wichtiger Wirtschaftszweig. Für die gesamte Gesellschaft ist Feuerwerk eine jahrhundertelange Tradition, die gerade in diesen Zeiten ein Stück Normalität verheißt. Es ist davon auszugehen, dass ein Verkaufsverbot von zugelassenen, geprüften Feuerwerkskörpern zu einem Anstieg der Einfuhr und Verwendung gefährlichen und illegalen Feuerwerks führen wird. Dies kann zu schweren Verletzungen und einer Mehrbelastung der Notaufnahmen und Intensivstationen zum Jahreswechsel führen und steht so der Zielsetzung, das Gesundheitssystem zu entlasten, entgegen.*

*Darüber hinaus fehlen Erkenntnisse, dass die Verwendung von privatem Silvesterfeuerwerk im Freien zu erhöhten Infektions- oder Sterblichkeitsraten führt. Privates Feuerwerk wird oft im engeren Familien- oder Freundeskreis abgefeuert und hat daher nur wenig Einfluss auf das Pandemiegeschehen.*

*Der Rat der Gemeinde Eitorf fordert, dass von einem generellen Verkaufsverbot von Pyrotechnik Abstand genommen wird.*

*Der Rat der Gemeinde Eitorf fordert, dass, wie im Maßnahmenpapier der MPK geschrieben, im Eintreten eines Verkaufsverbotes, umfangreiche Kompensationen von Bund und Land bereitgestellt werden, um den Fortbestand der pyrotechnischen Branche zu sichern.“*

Herr Jüdes schlägt vor, die als Tischvorlage vorliegende Version mit einem zusätzlichen Passus „Forderung der Rücknahme eines generellen Verkaufsverbotes von Pyrotechnik“ zu ergänzen. Herr Dr. Storch nimmt den Vorschlag zustimmend zur Kenntnis.

Herr Scholz äußert, dass ein Teil seiner Fraktion die „verschärfte“ Ursprungsversion nicht mittrage. Mit dem als Tischvorlage vorliegenden Resolutionstext sei die Fraktion Bündnis90/GRÜNE einverstanden.

Frau Faßbender betont, dass für die Außendarstellung ein einstimmiger Beschluss wünschenswert sei. Sie fragt nach, ob die Fraktion Bündnis90/GRÜNE mit der Ergänzung des von Herrn Jüdes vorgetragenen Passus einverstanden sei.

Herr Tandler schließt sich der Auffassung von Frau Faßbender an. Am Donnerstag tagte diesbezüglich der Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises. Eine einstimmige Beschlussfassung sei daher besonders wichtig.

BM Viehof teilt mit, dass er bereits am Donnerstag eine E-Mail an die Teilnehmer der MPK mit der Forderung geschrieben habe, dass generelle Verkaufsverbot von Pyrotechnik zurückzunehmen.

Herr Strausfeld äußert, dass die Entscheidung der MPK die Gemeinde Eitorf als Wirtschaftsstandort schwer getroffen habe. Jede Fraktion müsse über ihren Schatten springen, um einen Kompromiss zu erzielen.

Auf Antrag von Herrn Strausfeld wird im Benehmen mit allen Ratsmitgliedern die Sitzung um 18:24 Uhr unterbrochen und um 18:37 Uhr wieder aufgenommen.

Herr Scholz teilt mit, dass die Fraktion Bündnis90/GRÜNE nur mit der als Tischvorlage vorliegenden Version einverstanden sei. Bei der Ergänzung des o.g. Passus werde sich seine Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

Sodann lässt BM Viehof über den erweiterten Antrag der FDP-Fraktion abstimmen, die als Tischvorlage vorliegende Version mit dem Zusatz „Der Rat der Gemeinde Eitorf fordert, dass von einem generellen Verkaufsverbot von Pyrotechnik Abstand genommen wird.“ zu ergänzen. Die Resolution ist als Anlage 1 zur Niederschrift beigefügt.